

Vormärz

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements- Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat, eingetragene in der Post-Zeitungspreisliste für 1901 unter Nr. 7671. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Er scheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren

Beträgt für die sechsstelligen Nummernzeile oder deren Raum 40 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf. (nur das erste Wort fett). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 3 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benuß-Straße 2. Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Donnerstag, den 12. September 1901.

Expedition: SW. 19, Benuß-Straße 3. Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Quittung.

Im Monat August gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

Machen, vom aufgelösten Turnverein „Freie Turner“ den halben Kassendbestand 38,60. Koldas, P. L. 5.— Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 4. Kreis Ost 1000.— (darunter von O. L., Weihensee 20.—), 5. Kreis 100.— (darunter A. N. 50.—), 6. Kreis Wedding und Oranienburger Vorstadt 600.— (darunter Auffitions-ertrag bei der Landpartie des 548. und 553. Bezirks 5,30), 6. Kreis Schönhauser Vorstadt 750.— (darunter A. V. Müller 1.—, durch König 2.—), 6. Kreis, Rosenhaller Vorstadt und Gesundbrunnen, Juli und August 1800.— (darunter vom Bau Desauerstraße 5.—, 6. Kreis, Moabit, 300.— (darunter G. J. 6.—, B. Marten 10.—). Berlin, diverse Beiträge: A. E. Jochgewinn 3.—, L. u. G. H. 10.—, Ueberfuch einer roten Landpartie nach Helligensee 7,85. C. P. S. 30.—, Von den Arbeitern der Neuen Berliner Genossenschafts-Bäckerei, außer Beher, für Juli und August 40.—, Contobuch-Arbeiter vom Wedding 5.—, Von den Klavierarbeitern von Rosemann 3.—, Cigarrenfabrik von R. Schulz, Friedrichsfelderstraße 21, 5.—, Gutenberg 200.—, Mitglieder der U.-Dr. 11,50. A. S. 2.—, A. Schnabel, Zimmermann, 6.—, Karl Schneider 6.—, A. V. 50.—, P. S. 50.—, Brüssel, vom deutschen Arbeiterverein 8,87. Breslau, socialdemokratischer Verein 50.—, Bern 50.—, Cottbus, P. L. 2., Vierteljahresbeitrag 2.—, Dortmund-Görbe, Wahlkreis 100.—, Delmenhorst, 10 Proz. der Jahreseinnahme 26.—, Durlach, v. d. Vorzeigen 20.—, Erfurt, Wahlkr. Erf. Schließungen-Regenr. 50.—, Falkenberg (Oberschl.) 2.—, Hensburg, durch F. M. 50.—, Frankenhäuser a. N., von den Parteigenossen 10.—, Frankfurt a. O., Wahlkreis Frankfurt-Lebus 150.—, Finstertal, von den Parteigenossen 10.—, Grabow bei Stettin 300.—, Großenhain i. S., Parteibeitrag des 7. jährl. Reichstags-Wahlkreises 100.—, Gera (Reich) 100.—, Giebelberg-Freibatz, socialdemokratischer Wahlverein 10.—, Gießen, C. L. Juni-September 40.—, Hamburg, im Monat Juli im „Echo“ eingegangen 173,50, desgleichen im Monat August 120,85, Sa. 294,35. Donau-Gebirgen, Wahlkreis 100.—, Durlach a. N., 2. R. Juli-August 6.—, Herford-Halle i. S., Wahlkreis 100.—, Hastedt bei Bremen, von Genossen 10.—, Hagen i. B., Juli-September, Ungenannt 9.—, Hamburg, 1. Wahlkreis 3000.—, Hartha i. S., 10. jährl. Reichstags-Wahlkreis 50.—, Hehl, Arbeiter-Wahlverein 10.—, Leipzig, II. u. 13. jährl. Reichstags-Wahlkreis 1000.—, Lehr i. B., Alwater 5.—, Minden-Lübbecke, Wahlkreis 50.—, Merzig a. Saar, von einem vaterlandlosen Gesellen 2.—, M-Glabbach, Beitrag der Genossen 8.—, Mammheim, socialdemokratischer Verein 200.—, Marburg, von den Parteigenossen durch den Vertrauensmann 20.—, Meerane, 17. jährl. Reichstagswahlkreis 25.—, Mainz, von den Parteigenossen 60.—, Nürnberg-Alldorf, socialdemokr. Verein 20.—, Nürnberg, Gau Nordbayern 500.—, Ottersen, von den Parteigenossen durch F. Kr. 1000.—, Pörschheim, von einigen Genossen durch A. W. 3.—, Pirna, Parteibeitrag des 8. jährl. Reichstagswahlkreises 100.—, Pontresina 4.—, Rahnsdorf, A. und B. 6.—, Stuttgart, G. II. 10.—, Stettin, Parteibeitrag der Genossen 300.—, Stahfurt, Wahlkr. Calbe-Neuherrnsdorf, d. d. Kreisvertrauensmann 200.—, Sebalbsbrück bei Bremen, Wahlverein 10.—, Schwarzenbach a. S., socialdemokr. Verein 5.—, Verden, 6. hannov. Wahlkr. erstes und zweites Quartal 1901, 38.—, Woltmershausen, socialdemokr. Wahlverein, 75.—, Württemberg 100.—, Wandersbed 500.—, Wittenberg, Wahlkreis B.-S. Schweinitz, Arbeiter-Gesangsverein „Waisengruh“ 20.—

Berlin, den 10. September 1901.

Für den Parteivorstand:
H. Gerich, Kreuzbergstr. 30.

Kommunale Wohnungsreformen.

Die Erkenntnis, daß neben dem Reich und den Einzelstaaten auch die Gemeinden zur Beseitigung des Wohnungselementes beizutragen haben, bricht sich immer mehr Bahn. Erfolgreichere haben denn auch in den letzten Jahren einige Gemeinden, meist auf die Initiative der Socialdemokraten hin, mit Maßregeln zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse begonnen. Selbst die socialpolitisch rückständigsten Elemente können sich aber auf die Dauer nicht auf den Standpunkt des laissez faire laissez aller stellen, sie werden, ob sie es wollen oder nicht, von socialdem. Geiste angehaucht. Und gerade auf dem Gebiete der Wohnungsfrage können und dürfen die herrschenden Klassen in ihrem ureigensten Interesse nicht müßig die Hände in den Schößen legen, da etwaige Unterlassungssünden sich an ihnen selbst auf schmerzliche rächen würden. An der Verbesserung der Wohnungsverhältnisse sind ja nicht nur die ärmeren Klassen der Bevölkerung interessiert; brechen einmal in einer Stadt Epidemien aus, deren Herd in schlechten und ungesunden Wohnungen zu suchen ist, so greifen diese gewöhnlich auch auf die besseren Viertel über; nur selten bleibt die Epidemie auf ihren ursprünglichen Herd beschränkt. Man darf ferner nicht übersehen, daß eine Wohnungsnot stets auch den Armenetat der betreffenden Gemeinden erheblich belastet und so der Gesamtheit Opfer in Form von höheren Steuern auferlegt.

Nur eine Schicht der Bevölkerung giebt es, die sich jedem Eingreifen der Gemeinden zur Milderung der Wohnungsnot von vornherein widersetzt, daß sind die Hausagrarier, die aus dem Vermieten ein Geschäft machen, und deren Weizen bei jeder Wohnungsnot blüht. In durchaus zutreffender Weise hat Miquel in der Einleitung zu den Veröffentlichungen des Vereins für Socialpolitik über die Wohnungsnot der ärmeren Massen in deutschen Großstädten diese Sorte von Hausbesitzern charakterisiert als Leute, welche die ihnen in der Regel insolge hypothekarischer Beleihung zugefallenen Häuser für Arbeiterwohnungen einrichten und die Wohnungsnot in einer bisweilen empörenden Weise

ausbeuten, sowohl durch die unerschwingliche oder nur durch unstilligen Erwerb erschwingliche Höhe der Mietpreise, wie durch die gänzliche Verwahrlosung der Wohnung, durch die auf alle Weise beförderte Ueberfüllung derselben, durch die geradezu wucherischen sonstigen Bedingungen des Mietvertrags. Und gerade diesen Leuten ist in fast ganz Deutschland ein besonderes Privileg durch die Bestimmung der Städte-Ordnungen eingeräumt, wonach die Hälfte der Stadtverordneten Hausbesitzer sein müssen. Obwohl die Hausagrarier in zahllosen Fällen ihre begründete Stellung mißbraucht haben, um rücksichtslos ihre eignen Geschäfte zum Schaden der Gesamtheit zu betreiben, denken doch die Regierungen nicht daran, die Initiative zur Aufhebung jenes Privilegs zu ergreifen. Die Furcht vor dem „roten Gespenst“ hindert sie daran, den Elementen das Handwerk zu legen, deren Befestigung die unerlässliche Vorbedingung für jede kommunale Wohnungsreform ist.

Ebenso schrecken die Regierungen vor einer Erweiterung des Expropriationsrechtes der Gemeinden zurück und verhindern auf diese Weise die Anbahnung einer gesunden Bodenpolitik. Die Landesgesetze bieten vielfach direkt einen Ansporn zum Schacher in Grund und Boden, zum schamloseten Bodenvucher; und auch in den Gemeindevertretungen fehlt es leider nur zu oft an jedem Verständnis für die Bedeutung der Bodenfrage. Wenn die Stadt Geld braucht, werden städtische Grundstücke veräußert, unbekümmert darum, daß man später dieselben Grundstücke zu weit höheren Preisen zurückkaufen muß, wenn es sich um Schulbauten oder um Bauten für sonstige öffentliche Institute handelt. So hat, um nur wenige Beispiele anzuführen, vor einigen Jahren die Stadt Breslau ein ihr gehöriges Areal, die sogenannten Reichäcker, parzellenweise an Bauunternehmer verkauft, und in Minden hat der Magistrat, um den Bau von Arbeiterwohnungen zu fördern, mehrere der Armenkasse gehörige Grundstücke für billigen Preis zum Verkauf ausgesetzt. Ähnlich ist in letzter Zeit auch die Gemeinde Bergisch-Gladbach vorgegangen, indem sie ein ihr gehöriges Terrain von etwa 30 Morgen in Vorstellen zu je einem Viertel Morgen eingeteilt und zum Bau von Arbeiterwohnungen freihändig veräußert hat. Derartige Veräußerungen sind stets zu verwerfen. Die Gemeinden sollten im Gegenteil auf eine planmäßige Erweiterung des Grund- und Bodens bedacht sein, um den Bodenpekulanten ihr Handwerk zu legen und zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse beizutragen. Eine solche Politik hat schon seit langen Jahren die Stadt Frankfurt a. M. betrieben, die infolgedessen über einen großen Grundbesitz verfügt. Andre Gemeinden hingegen sind, wenn sie für allgemeine Zwecke Grund und Boden erwerben müssen, auf Gnade und Ungnade den Spekulantent ausgeliefert.

Die steigende Grundrente für die Allgemeinheit abzumildern, sollte der leitende Gedanke einer jeden städtischen Politik bilden. Viele Gemeinden glauben das mit Hilfe des Erbbaurechts erreichen zu können; sie geben gemeinnützigen Gesellschaften oder auch Privaten Grund und Boden in Erbpacht. Dafür ist eine Rente zu zahlen, und nach Ablauf einer bestimmten Zeit fällt das Grundstück mit allem, was darauf steht, den Eigentümern wieder zu. Andre Gemeinden sehen von dem Erbbaurecht ab und sichern sich nur ein Vorkaufsrecht.

Versuche mit dem Erbbaurecht sind in letzter Zeit u. a. gemacht worden in Frankfurt a. M., Halle und Leipzig. In Frankfurt a. M. hat man es leider nicht verstanden, die Spekulation von Privaten mit und durch städtische Mittel zu verhindern; die darauf abzielenden socialdemokratischen Anträge stießen auf lebhaften Widerspruch, die bürgerliche Mehrheit hatte nichts dagegen einzuwenden, daß Unternehmer mit städtischer Hilfe ihre eignen Taschen füllen, man hat den Mietern nicht den völligen Genuß des städtischen Eingreifens gesichert. Ähnlich in Halle, während die Leipziger Stadtverordneten der Privatspekulation weniger Rechnung getragen haben.

Ein abschließendes Urteil über die Wirkung des Erbbaurechts läßt sich heute noch nicht fällen. Festzusehen scheint aber das eine, daß es auch mit Hilfe dieses Instituts kaum möglich ist, die gesamte Steigerung der Grundrente dem Stadtsäckel zuzuführen. Dazu ist es nötig, in eigener Regie zu bauen, ein Vorschlag, gegen den sich die meisten städtischen Kollegien aus Rücksicht auf die dadurch der privaten Bauhätigkeit erwachsende Konkurrenz sträuben. Auf diese Rücksicht zu nehmen, ist aber um so weniger am Platze, als die private Bauhätigkeit bisher völlig verjagt hat.

Die wenigen Versuche, die mit dem Regiebau gemacht sind, berechtigen zu den besten Hoffnungen. So bezeichnet z. B. eine Denkschrift des Stadtrats von Freiburg i. S. eine Stadt, die seit Jahren durch die verschiedensten Mittel dem Wohnungselement zu steuern bestrebt ist, das Regieystem, nach welchem die Stadt die Bauten selbst ausführt und das Eigentum am Ganzen bei sich behält, als das allein richtige System. Dies günstige Urteil des Freiburger Stadtrats mag mit dazu beigetragen haben, daß auch andre Städte einen Versuch mit dem Regiebau wagten. Rassel hat aus Stiftungsmitteln in verschiedenen Stadtgebieten ältere Gebäude zu Arbeiterwohnungen umgebaut; Dresden hat, gleichfalls aus Stiftungsmitteln, 16 Häuser mit 64 Wohnungen errichtet, Emden hat auf Rechnung der Stadt den

Bau von 200 Arbeiterwohnungen beschlossen; Essen ist im Besitz einer Anzahl von Mietshäusern für städtische und andre Arbeiter; Düsseldorf hat auf dem Terrain der alten Gasanstalt 20 Wohnhäuser errichtet, die zu einem billigen Zins an solche Personen vermietet werden, welche der Alters- und Invaliditätsversicherungspflicht unterliegen; der Armenrat von Straßburg hat bereits 1889 das in Wertpapieren und Kapitalien angelegte verfügbare Vermögen von rund 300 000 M. auf den Bau kleiner, gesunder Wohnungen zu verwenden beschlossen und bis zum Jahre 1895 neun einzelne Häuser mit 112 Wohnungen zu 1 bis 3 Zimmern erbaut. Davon waren 24 Wohnungen unentgeltlich, 52 billig und die übrigen zu ortsüblichen Preisen abgegeben. Von württembergischen Städten haben Ulm, Calw, Heilbronn, Rottweil, Stuttgart und Hall Wohnungen für ihre Arbeiter erbaut. In Preußen sind nach dem letzten Bericht der Fabrikinspektoren Emden, Duedlinburg, Hienzburg, Wiesbaden im Begriff, auf demselben Wege vorzugehen. Das Gleiche wird aus Nürnberg und Pforzheim gemeldet.

In den meisten Fällen beschränken sich die Gemeinden darauf, für ihre eignen Arbeiter Wohnungen herzustellen; nur selten gehen sie darüber hinaus und widmen ihre Thätigkeit der Allgemeinheit. Nach unserer Meinung gehört es zu den socialpolitischen Aufgaben der Gemeinden, das Wohnungsbedürfnis für ihre Mitglieder zu befriedigen. Doch ist auch gegen den Bau von Wohnungen lediglich für städtische Arbeiter nichts einzuwenden, vorausgesetzt, daß die Arbeiter dadurch nicht in ihren Rechten geschmälert werden. Zu verurteilen hingegen ist das Vorgehen solcher Städte, die für Arbeiter Wohnungen errichten, um sich sofort wieder ihres Besitzes zu entäußern. Ein typisches Beispiel dafür bietet die Gemeinde Ulm; hier hat im Jahre 1888 die Ortsarmenbehörde ein Mietsgebäude von 21 Wohnungen und in den folgenden Jahren bis 1900 die Stadverwaltung selbst 85 Häuser mit 183 Wohnungen hergestellt, in der Absicht, den kleinen Leuten aus den Kreisen der unteren Bediensteten und Arbeiter den Erwerb eines eignen Hauses zu ermöglichen. Allerdings hat sich die Stadt für bestimmte Fälle das Vorbezw. Rückkaufsrecht gesichert und besondere Kautelen geschaffen, um die Häuser ihrem eigentlichen Zweck nicht zu entfremden. Trotzdem ist ein solches Vorgehen nicht zu billigen, einmal weil die Stadt, indem sie die Häuser den Arbeitern verkauft, sich selbst einen sicheren Gewinn entgegen läßt und zweitens, weil der Besitz eines eignen Hauses für den Arbeiter innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung von sehr zweifelhaftem Werte ist; er wird dadurch an die Scholle gefesselt und so verhindert, die Konjunktur für sich auszunutzen.

Wenn auch die Zahl der Städte, die in eigener Regie bauen, bisher nur eine geringe ist, so ist doch immerhin ein Anfang damit gemacht. Der Baum ist gebrochen und wir zweifeln nicht daran, daß die Erfahrungen mit diesem System im Laufe der Jahre manches Vorurteil schwinden lassen werden.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 11. September.

Gegen den Zollwucher. Unüberwindlichen Niedergang der Volkswirtschaft, das würde die Folge des agrarischen Wuchertarifs sein, so urteilt die Handelskammer in Bielefeld. In dem Bericht heißt es: „Die im § 1 des Zolltarifgesetz-Entwurfs vorgeschriebenen Zollserhöhungen auf Roggen, Weizen, Speltz, Hafer und Gerste in der Form von Minimalansätzen würden den Abschluß von neuen Handelsverträgen nicht nur erschweren, sondern überhaupt unmöglich machen und damit die deutsche Volkswirtschaft einem Niedergang entgegenführen, dessen nachteilige Folgen sich geradezu als unüberwindbar erweisen müßten.“ Im weiteren sagt die Handelskammer aneinander, daß die Industrie nicht im Stande sei, die durch Erhöhung der Lebensmittelpreise notwendigen Lohnserhöhungen zu tragen, ohne welche aber die unvermeidliche Verminderung der Lebenshaltung eine Einschränkung der Kaufkraft und damit ein schwerwichtiges Moment gegen die Hebung der Gesamtwirtschaft im Gefolge haben werde. Dann heißt es weiter: „Ebenso unzweifelhaft ist, daß die Landwirtschaft durch eine Erhöhung der Getreidepreise nicht in die Lage kommt, den deutschen Bedarf selbst bei gesteigerten Produktionen zu decken, geschweige denn der deutschen Volkswirtschaft für die entstehenden Nachteile auch nur einen Ersatz zu bieten. Im Gegenteil werden infolge der Verteuerung der Futtermittel die kleineren und mittleren landwirtschaftlichen Betriebe geschädigt werden, während die Verwirklichung der größeren wegen der mit einer Erhöhung der Getreidepreise verbundenen Verteuerung der Grundrente sich nur noch unrentabler als bisher erweisen wird.“

Wie die Wohnungsnot durch den neuen Zolltarif gesteigert werden muß und die Bauhandwerker durch denselben geschädigt werden, legt in der „Berl. Welterg.“ der Materialkäufer Strauß klar. Derselbe führt die Zollserhöhungen auf, die beachtlich sind für Bau- und Kynholz in den verschiedenen Graden seiner Bearbeitung. Dazu kommen die Einführung von Zöllen auf Cement und rohen Schiefer, die bisher zollfrei waren, die Zollserhöhungen auf Dachziegel, auf Firnisse verschiedener Art, geschlemmte und gestäubte Kreide, auf Pappeln; die Einführung von Zöllen auf Berliner Blau, Kleinteilige, Bleiweiß und ähnliche Stoffe, die bisher zollfrei waren; die Einführung von Zöllen auf bisher zollfreie Mauersteine, die Zollserhöhungen auf farbige und glasierte Tafelglas, Dachpfannen und Dachziegel. Gleich hohe

Kongress der Orts-Krankenkassen.

Stuttgart, 10. September 1901.

Erschienen wurden heute zunächst die

Anträge zum Krankenversicherungs-Gesetz.

Auf Antrag der Orts-Krankenkasse für Handelsbetriebe der Stadt...

Vertriebsbeamte, Werkmeister und Techniker, Handlungsgehilfen...

Der Orts-Krankenkassen-Verband Stuttgart beantragt, im § 6...

Präsident v. Dresden bekämpft den Antrag als kleinlich und...

Der Orts-Krankenkassen-Verband Stuttgart schlägt vor, die...

Präsident v. Dresden warnt, sich auf 3/4 Proz. festzulegen...

Fiedler v. Nürnberg wendet sich gegen beide Anträge...

Gräfin v. Frankfurt beantragt, den Absatz ganz zu streichen...

Am die Krankenkassen gegen Ausfall an Beiträgen im Bau...

Auf Antrag des Kassenvorstandes kann die untere Verwaltungs...

Die Anordnung muß diejenigen Unternehmer, für welche sie...

Dieser Antrag wird angenommen.

Der Orts-Krankenkassen-Verband Stuttgart beantragt, das im...

Es wird von verschiedenen Seiten darauf aufmerksam gemacht...

Der Antrag wird daraufhin zurückgezogen.

Weiter beantragt der Stuttgarter Verband, den Ortsbehörden...

Dieser Antrag wird angenommen.

Daß die Bewilligung von Fahrpreismäßigungen für in...

Direktor Ullmann v. Leipzig: Während die sächsischen Staats...

Die Ursachen dieser Krankheitszustände sind: Der Mangel...

Die Befreiung oder Vinderung des Wohnungsproblems kann...

Die Folgen der Wohnungsnot und des Wohnungselendes sind...

Da die vornehmste Aufgabe der Krankenversicherung die...

Die Petitionsbewegung gegen die Getreibezüge

Der Kongress hat in Erwägung, daß nach allen bei den Kranken...

Es möge bei Bemessung der Unfallrente neben dem...

Es folgt die Verhandlung über den Antrag des Thüringer Ver...

herschlägt. Die Orts-Krankenkassen Straßburg schlagen dazu...

Verschlechterung der Ernährungsverhältnisse der Arbeiterklasse...

Gleichzeitig wird der Vorort Leipzig beauftragt, eine mit...

Über den Antrag und die Resolution entspringt sich eine lebhafte...

Fischer v. Weimar und Krähbort v. Dresden geben eine kurze...

Direktor Ullmann v. Leipzig legt Protest ein, daß ein Gegen...

Dieser Antrag wird mit großer Mehrheit abgelehnt.

Gräfin v. Frankfurt a. M. stellt fest, daß kein Redner für die...

Dr. Friedeberg v. Berlin: Ich begreife, daß die Beamten in...

Nachdem noch Würz-Stuttgart, Hoppe-Berlin, als Vertreter der...

Auf Antrag Gräfin wird noch beschlossen, die Frage: Arbeits...

Der nächste Punkt der Tagesordnung ist:

„Die Krankenversicherung und die Arbeiterwohnungs-Frage.“

Zu den Verhandlungen über diesen Gegenstand ist Oberstadtsarzt...

Referent ist Rechtsanwalt Dr. M. Mayer in Frankfurt a. M.:

Die Wohnungsfrage steht auf der Tagesordnung des diesjährigen...

Die Kleinwohnungsfrage ist hauptsächlich eine Form der social...

Die Ursachen dieser Krankheitszustände sind: Der Mangel...

Die Befreiung oder Vinderung des Wohnungsproblems kann...

Die Folgen der Wohnungsnot und des Wohnungselendes sind...

Da die vornehmste Aufgabe der Krankenversicherung die...

Die Petitionsbewegung gegen die Getreibezüge

ist vorhanden. Das Gesamtvermögen aller Klassen beträgt gegen...

Redner, dessen Ausführungen beifällig aufgenommen werden...

In der Debatte erklärt sich...

Gräfin v. Frankfurt a. M. mit den allgemeinen Ausführungen...

Raufmann v. Harburg spricht sich noch schärfer gegen die Vor...

Dr. Friedeberg v. Berlin erinnert den Referenten daran...

Redner schlägt folgende Resolution vor: „Die Versammlung...

Auf Antrag der Berliner Centralkommission wird noch folgender...

Wenn Patienten für Rechnung einer Krankenkasse in einem...

Ferner spricht der Kongress den im Kampfe gegen die Apotheken...

Die Besprechung praktischer Verwaltungsfragen wird wegen...

Auf die Tagesordnung der nächstjährigen Versammlung wird...

Als Kongressort wird Hamburg bestimmt und als geschäfts...

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Mit Dankreden auf die...

Lokales.

Das städtische Obdach.

Die gestrige Sitzung des Kuratoriums für das städtische Obdach...

Uebergehend auf das nächste Obdach wurden die Zustände...

Schließlich gelangten die Zustände in der Krankenstation...

Der Vorsitzende, Stadtrat Mammorth, legte eine Reihe von...

